

U.S. MIDTERM ELECTIONS 2006

WOCHENRÜCKBLICK
17. BIS 23. SEPTEMBER 2006

AUSGABE 6
27. SEPTEMBER 2006

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WASHINGTON, D.C.



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
Verhörpraktiken	1-2
Wirtschaft	2-3
PolitBarometer	3-4
Präsidentschaftsanwärter	4

It's the economy, stupid! Again?

Diese Woche war hauptsächlich von Republikanischen Grabenkämpfen gekennzeichnet, insbesondere was die Legalität von "alternativen Verhörpraktiken" und die Einführung von Militärtribunalen für die Inhaftierten in Guantanamo betraf. Die Chancen der Republikaner verbessern sich anscheinend langsam, auch wenn die Meinungen auseinandergehen, ob die letzten positiven Umfrageergebnisse wieder

abflauen oder weiter anziehen werden. Sowohl Demokraten als auch Republikaner erweitern möglicherweise ihren Wahlkampf um altbewehrte Themen: die Demokraten haben die Wirtschaft wieder für sich "entdeckt," während die Republikaner den Demokraten vorwerfen, nur die Steuern anheben zu wollen. Senator McCain's Opposition gegen Präsident Bush's Pläne zu "alternativen Verhörpraktiken" könnten

Nachwirkungen für seine Ambitionen auf das Präsidentenamt 2008 haben, während Senatorin Clinton möglicherweise einer eher unerwarteten Herausforderung gegenüber stehen könnte – Al Gore. Senator Barack Obama hingegen soll den Demokraten helfen, im Jahre 2008 die Republikanische Umklammerung des Südens aufzubrechen.

"Alternative Verhörpraktiken"

Als Präsident Bush vor knapp zwei Wochen überraschenderweise 14 vermutliche Terroristen aus geheimen CIA-Gefängnissen nach Guantanamo überführen ließ, war der Rückschluss naheliegend, daß der Präsident aus rein wahlkampfaktischen Beweggründen handelte. In dieser Woche stellte sich heraus, daß CIA-Beamte sich aus Furcht vor eventueller gerichtlicher Belangung geweigert hatten, die Inhaftierten weiter zu verhören. Aufgrund von Unklarheiten bezüglich der Legalität von gewissen Verhörpraktiken war das Programm effektiv zum Stillstand gekommen, so der Director of National Intelligence, John Negroponte.[1]

Präsident Bush's Wahlstrategen hatten vor, die Unterschiede zwischen den Demokraten und den Republikanern auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung besonders

hervorzuheben. Daher wurde die Situation damals geschickt genutzt, um von anderen Themen wie Katrina abzulenken und die Aufmerksamkeit der Bevölkerung wieder auf das für die Republikaner vorteilhafte Gebiet der Nationalen Sicherheit und des Terrorismus zu lenken.[2]

Insofern bereiteten die vergangenen Wochen den Republikaner jedoch auch einige Kopfzerbrechen. Zwar verabschiedete das Abgeordnetenhaus im wesentlichen den von der Regierung gewünschten Gesetzesvorschlag, jedoch widersprach überraschenderweise eine kleine aber wachsende Gruppe von kampferprobten Senatoren – John McCain, John Warner und Lindsay Graham – den Regierungsvorschlägen zur Legalisierung von Militärtribunalen auf Guantanamo, CIA-Verhörpraktiken und der Anwend-

barkeit von geheimem oder erzwungenem Beweismaterial.[3]

Anstatt eine Debatte mit Demokraten zu führen, sah sich Präsident Bush deshalb gezwungen, einen peinlichen internen Grabenkampf mit einigen der am meisten respektierten und erfahrenen Republikanischen Senatoren zu führen.[4] Insofern überrascht es nicht, daß die Bereitschaft zum Kompromiß relativ groß war. Sowohl die Senatoren als auch der Präsident waren daran interessiert, zu einem gemeinsamen Gesetzesvorschlag zu kommen, der es der CIA erlauben würde, das Verhörprogramm weiter durchzuführen, ohne U.S.-Gesetze gegen Folter zu brechen oder die Genfer Konvention zu verletzen, sowie es ermöglichen würde, verfassungsgemäße Militärtribunale für die Aburteilung von

“Alternative Verhörpraktiken”

Terroristen einzurichten.[5]

Natürlich waren die Republikaner sich aber auch bewußt, daß anhaltende interne Divergenzen und der daraus resultierende legislative Stillstand nur das Bild eines “do nothing” Kongresses, wie es von den Demokraten in der Öffentlichkeit gezeichnet wird, bestätigen würde.

Die Demokraten enthielten sich übrigens fast jeglicher Kommentare zu dieser innerrepublikanischen Debatte, wohl wissend daß jeglicher Widerspruch nur zu ihrem politischen Nachteil sein konnte: der Republikanische Senator Mitch McConnell fragte nämlich sehr direkt, wie man seinen Wählern erklären könne, daß man ein Programm beenden wolle, von dem bekannt war, daß es geholfen hatte Leben zu retten. [6]

Insofern gingen die Demokraten diesmal der Gefahr aus dem Weg, wieder als “weak on the war on terror” gebrandmarkt zu werden, insbesondere da 54 Prozent der Bevölkerung in Umfragen den Gesetzesvorschlägen Präsident Bushs zustimmten.[7]

Mit zunehmender Unterstützung der drei Senatoren im Senat sowie Abgeordnetenhaus als auch seitens ehemaliger Generäle und Verteidigungsministers Powell, gab das

Weisse Haus dann auch nach und revidierte seine Forderungen.[8] Andererseits drohte aber der Mehrheitsführer Bill Frist den Senatoren aber auch, daß er den Gesetzesvorschlag mit einer Verschleppungstaktik hinhalten würde, wenn kein Kompromißvorschlag gefunden werden konnte und die Senatoren ihren Gesetzesentwurf zur Abstimmung bringen wollten.[9] Laut Frist erfüllte der von den drei Senatoren vorgelegte Vorschlag nicht das Hauptkriterium – den Schutz und die Sicherheit der amerikanischen Bürger zu garantieren.[10] Frists Bereitschaft zum “filibuster” wurde als Zeichen der Zersplitterung der Republikaner gesehen, so Chris Matthews von MSNBCs *Hardball*.

Am Donnerstag verkündeten die Senatoren und das Weisse Haus dann ihr Übereinkommen: der Gesetzesvorschlag der Regierung würde auf einen Paragraphen zur Neuauslegung der Genfer Konvention sowie auf einen Paragraphen, der es erlauben würde, Angeklagte mit geheimen Beweismaterialien zu verurteilen, verzichten. Kritiker beklagten jedoch, daß die ultimative Entscheidung über die Verhörmethoden faktisch beim Weissen Haus liege, da diese nur zum Teil genau im Gesetzesvorschlag beschrieben wurden.[11]

Trotzdem hätten die Republikaner damit nunmehr neues Beweismaterial für ihre Härte im Kampf gegen den Terror, auch wenn die Demokraten wahrscheinlich wenig Widerstand gegen die Verabschiedung des Gesetzes nächste Woche leisten würden, meinte George Stephanopoulos vom Sender ABC.[12] Ob sich jedoch damit endlich wieder richtige Chancen für die beiden Parteien eröffnen, auf die Unterschiede zwischen ihnen hinzuweisen, bleibt offen. So hat zum Beispiel bereits der Republikanische Senator Arlen Specter seine Unzufriedenheit bezüglich des Umgangs mit erzwungenen Geständnissen sowie hinsichtlich des fehlenden Rechts eines Angeklagten auf eine Anhörung vor Gericht geäußert.[13] Weiterhin bestehen noch diverse Ungereimtheiten innerhalb der Republikanischen Reihen zur Anwendung elektronischer Überwachungsmaßnahmen ohne richterliche Befugnis.[14]

Wegen dieser Unklarheiten verbrachten die Kongressabgeordneten den größten Teil der vergangenen Woche damit, Maßnahmen zur Einwanderungsreform bzw. Grenzsicherheit

Republicrats?

Da die Demokraten beim Thema “Nationale Sicherheit” mittlerweile zum dritten Mal vor den Wahlen in die Defensive geraten sind, hofft man innerhalb der Demokratischen Führungsriege, wenigstens auf dem Gebiet der Wirtschaft bei den Wählern im November punkten zu kön-

nen. Laut *Roll Call* besteht die Hoffnung der Demokraten darin, daß sie die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung auf diesem Gebiet genauso geschickt nutzen bzw. manipulieren können, wie das die Republikaner auf dem Gebiet der Nationalen Sicherheit und des Terrorismus tun. Auch wenn den Ausgang der Wahlen auf gesamtnationaler Ebene viele Aspekte beeinflussen werden, könnte die Wirtschaft zum entscheidenden Faktor in den wichtigen

Staaten wie Ohio, Michigan, New York, Indiana und Kentucky werden.[16]

Präsident Bush versuchte solche Bestrebungen in einer Rede am Donnerstag zu kontern, in welcher er einen “neuen” alten Wahlkampfklassiker wiedereinführte: die Demokraten würden nur die Steuern erhöhen und damit das Geld aus den Taschen arbeitender Familien ziehen und der Wirtschaft schaden.[17]

Republicrats?

Mit dieser bewährten Darstellung der Demokraten als Partei der hohen Steuern bzw. als "tax and spend liberals" würden die Republikaner eine erfolgversprechende Kombination aus Nationaler Sicherheit und dem Thema, das die Republikaner wie kein anderes sonst vereint - Steuern - möglicherweise zum neuen Wahlkampfmantra machen.

Die *Washington Post* sah als formellen Anlaß dafür einen Kommentar des Demokratischen Abgeordneten Charles B. Rangel, der im Falle eines Wahlsieges der Demokraten zum Vorsitzenden des Ways and Means Committees aufsteigen würde. Dieser hatte Bloomberg gesagt, daß er sich keines Steuererlasses der Republikaner bewusst sei, welcher erneuert werden solle.[18]

Am Donnerstag dann formulierten die Demokraten ihr neues Wahlkampfthema in

einem Beitrag im Wall Street Journal. Der Vorsitzende des Democratic National Committee, Howard Dean, versprach darin, daß sich ein Demokratischer Kongress nicht nur dem Krieg gegen den Terror widmen, sondern auch den Krieg gegen die Amerikanischen Familien beenden würde. Die Republikaner hätten, so Dean, der Wirtschaft in den letzten fünf Jahren sehr geschadet.

Die Demokraten hingegen glaubten an eine starke Mittelklasse, die entscheidend für eine starke Wirtschaft sei, wo sich Arbeit wieder lohnen sowie neue Karrieremöglichkeiten geschaffen werden müssten. Eine Politik, die sich nur am Wohl des obersten 1 Prozentes der Bevölkerung orientiere, sei gut genug für Präsident Bush, aber nicht für die USA, den Kapitalismus und die Demokratie. Die Republikaner wären zur Partei des "borrow and spend", des "Leihens und Ausgebens"

verkommen - in Anspielung auf die klassische Attacke gegen die Demokraten als Partei des "Besteuerns und Ausgebens".[19]

Deans Republikanischer Gegenüber, der Vorsitzende des Republican National Committees, Ken Mehlmann, setzte hingegen auf die Fähigkeit der Wähler, die Unterschiede zwischen den beiden Parteien in der Handhabung des Krieges gegen den Terror zu erkennen und daraus die seiner Meinung nach richtigen Schlüsse zu ziehen: die zu wählen, die in der Offensive bleiben und jedes Mittel im Kampf gegen den Globalen Jihad nutzen wollen und nicht Politiker zu wählen, die die USA schwächen und die Mittel aufgeben würden, sie zu beschützen.[20]

PolitBarometer

Dank zunehmender Zuversicht in die Wirtschaft, sinkender Benzinpreise und Präsident Bushs anhaltender Wahlkampfoffensive bezüglich der Terrorismusgefahr, haben die Republikaner es in der letzten Zeit geschafft, ihren Rückstand zu den Demokraten in Umfragen auf drei Prozentpunkte zu verringern, so Meinungsforscher John Zogby.

Dieser erklärte die besseren Ergebnisse der Konservativen mit einer Motivierung der Parteibasis sowie dem Versagen der Demokraten, einen Alternativplan vorzulegen, wie man sich aus dem Irak zurückziehen und was man besser im Kampf gegen den Terror machen könnte als die Republikaner. Die Republikaner wären zwar ernsthaft geschwächt, jedoch müssten die Demokraten sie jetzt theoretisch dominieren, was sie aber nicht tun. Zogby sieht momentan jedenfalls keine Anzeichen für einen erdsturzartigen Wahlsieg der Demokraten im November, wie es andere Meinungsexperten vorher-

sagen, auch wenn ein solcher Erfolg immernoch möglich ist.[21]

Der Meinungsforscher Stuart Rothenberg warnt davor, die momentane Erholung der Republikaner überzubewerten. Stattdessen, meint er, befänden wir uns in einem Stradium des Wahlkampfes, in dem bisher übersehene Kandidaten plötzlich als glaubhafte Herausforderer erkannt werden – die Republikaner wären immernoch in Gefahr sicher geglaubte Sitze zu verlieren, wie es auch den Demokraten im Jahre 1994 erging.

Jedoch erwartet Rothenberg eine sich weiter verbessernde Lage für die Republikaner, die ihre Parteibasis immer erfolgreicher aktivieren und warnt davor, daß die Umfrageergebnisse mit anonymen/ungennaten Parteikandidaten die Chancen der eigentlichen Demokratischen Kandidaten nicht akkurat widerspiegeln würden und es im November zu Überraschungen

kommen könnte.[22]

Im Gegensatz dazu erwartet Thomas Mann von der Brookings Institution nicht, daß die Republikaner diesen positiven Trend fortsetzen können. Er meint, daß sie nur kurzzeitig vom fünften Jahrestag des 11.09.2001 profitieren würden.[23] Charlie Cook vom *National Journal* wiederum schätzt die Lage für die Republikaner zwar als besser als vorher, jedoch immernoch als schlecht ein. Die Chance der Demokraten eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu erringen, hätte sich verringert, jedoch tendierten noch keine weiteren individuellen Kandidatenwettbewerbe in das eine oder andere politische Lager. [24] Während der letzten Wahlkreisgrenzziehung konnten die Republikaner

PolitBarometer

ja auch klare Erfolge durchsetzen: die jetzt heiss umkämpften Bezirke - wie zum Beispiel Ohios 1., 15. und 18. Wahlbezirk - seien scheinbar ausreichend gegen Demokratische Attacken

“isoliert” worden.[25] Das Investor’s Business Daily jedenfalls scheute sich nicht die Chance der Republikaner, ihre Mehrheit zu verteidigen, zu beziffern. Futures auf einen Wahlsieg der Republikaner würden

zum Stand von 53.8 und 80.3 gehandelt - die Republikaner hätten damit eine 53.8 % Chance auf einen Sieg im Abgeordnetenhaus und eine 80.3% Chance auf einen Sieg im Senat.[26]

Präsidentschaftskandidaten

Terry McAuliffe, ehemaliger Vorsitzender des Democratic National Committee hat diese Woche gegenüber Vertrauten angedeutet, daß er Hillary Clintons Wahlkampf leiten bzw. eine “grosse Rolle” darin spielen würde. Sein Status und seine Erfahrung als Top-Spendeneintreiber der Demokraten dürfte Senatorin Clinton helfen, knapp \$100 Millionen vor der Iowa-Wahlversammlung im Januar 2008 zu organisieren. Clinton will die Entscheidung, ob sie kandidieren wird, allerdings erst nach dem 7. November treffen.[27]

Derweilen ist Senatorin Clinton jedoch in der ideologischen Mitte angelangt, nachdem sie erfolgreich eine Vorwahlattacke eines Demokratischen Kriegsgegners überstanden hatte und nun den Angriffen eines Konservativen Republikaners ausgesetzt ist. Die Republikaner, wie National Republican Senatorial Committee Vorsitzende Elizabeth Dole, sind sich des Risikos einer als “moderat bzw. gemäßigt erscheinenden” Kandidatin Hillary Clinton für die Präsidentschaftswahlen bewusst und wollen nun verhindern, daß die Senatorin “die politische Mitte” für sich gewinnen kann.[28]

Eine ernsthafte Herausforderung innerhalb der Demokratischen Partei könnte jedoch von keinem anderen als Al Gore kommen, der ein “authentischer” Kriegsgegner ist und gegenüber jeglichen Angriffen vom Demokratischen linken Flügel bezüglich eines Meinungswandels

immun wäre.[29] Meinungsforscher John Zogby bezeichnete einen solchen innerdemokratischen Wahlkampf als “battle royal” – Senatorin Clinton wäre zwar eine Kandidatenklasse für sich, jedoch hätte Gore zwei Ässe im Ärmel – er war von Anfang an gegen den Irakkrieg und ist mittlerweile ein anerkannter Umweltexperte.[30]

Schlechte Nachrichten gab es möglicherweise diese Woche für John McCain. Seine Opposition gegen Präsident Bushs Gesetzesvorschläge bezüglich “alternativer Verhörpraktiken” könnte sich schlecht auf seine Chancen auswirken, den rechten Rand der Republikaner, den er für eine erfolgreiche Nominierung braucht, für sich zu gewinnen. Er hat bereits eine gespannte Beziehung zu den Konservativen: Tony Perkins vom Family Research Council sagte, daß der Status eines rebellischen Aussenseiters im Kongress zwar gut ankomme, aber von seinen Kollegen und Gleichgesinnten im Hinblick auf die Kandidatur für das Weisse Haus nicht besonders geschätzt würde.

Andererseits könnte McCain aber auch seinen Ruf als rebellischer Aussenseiter wieder zur Schau stellen und einige seiner Bewunderer, die weniger von McCains Versuchen beeindruckt waren, die konservative Rechte von sich zu überzeugen, wieder zurückzugewinnen.[31] Richard Cohen von der *Washington Post* warnte die Demokraten davor, sich zu sehr an den internen Grabenkämpfen der Republikaner zu erfreuen: die Demokraten hätten zwar eine Vielzahl an möglichen Kandidaten, jedoch keinen von der Statur und Integrität eines McCain.[32]

Derweil machte bei den Demokraten ein anderer möglicher Kandidat von sich reden.

Während einer Ansprache in Iowa, das traditionell einer der Schauplätze für Demokratische Präsidentschaftsanwärter ist, verlangte Senator Barak Obama von seinen Demokratischen Kollegen eine harte Linie beim Thema Nationale Sicherheit.[33] Sein Besuch wurde von Spekulationen begleitet, als bekannt wurde, daß Obama Al Gores politischen Strategen in dessen Iowa-Wahlkampf im Jahre 2000, Steve Hildbrand, eingeladen hatte.[34]

Kommentatoren warnten, daß Obama zu schnell zu hoch aufsteigen könnte, wobei eine frühe Niederlage ihn vielleicht einer späteren Chance berauben würde.[35] Einige Demokraten jedoch versuchen ihn für eine baldige Kandidatur zu gewinnen – nicht nur für den Fall, daß Senatorin Clinton nicht antreten, sondern sogar falls sie ins Rennen gehen sollte, in der Hoffnung, daß er die Republikanische Hochburg der Südstaaten aufbrechen könne, indem er die afro-amerikanischen Wähler in South Carolina, Georgia und Mississippi für sich oder einen anderen Demokratischen Kandidaten gewinnen könnte.[36]

Um die Fußnoten einzusehen, würden wir sie bitten, unseren unten aufgeführten Blog zu besuchen.

**KONRAD-ADENAUER-
STIFTUNG WASHINGTON,
D.C.**

2005 Massachusetts Avenue NW
Washington, D.C. 20036
Phone: 1-202-464-5840
Fax: 1-202-464-5848
<http://blog.kasusa.org>